

20 Jahre seit NATO-Angriff auf Jugoslawien – Teil 1

Ursachen, Hintergründe, Fake News und False Flag

Von Rainer Rupp.

Unter der Maske einer „humanitären Intervention“, die mit „Fake News“ und „falschen Flaggen“ gerechtfertigt wurde, führte der „Wertewesten“ nach alter Art Krieg für wirtschaftliche, geopolitische und -strategische Vorteile. Dem Krieg gegen Jugoslawien sollten in den nachfolgenden zwei Jahrzehnten viele weitere unprovokierte, vollkommen illegale Angriffskriege folgen, die alle nach dem gleichen Muster gestrickt waren. Mit ihnen versuchte die US-geführte Angriffsgemeinschaft, anfangs mit Erfolg, der ganzen Welt den Stempel ihrer „liberalen Ordnung“ aufzudrücken.

Der 24. März 1999 war der Tag, an dem NATO-Bomber ihren ersten Angriff gegen Belgrad flogen, gegen die Hauptstadt Serbiens, das damals noch eine Teilrepublik von Rumpf-Jugoslawien war. Und ein [UNO-Mandat](#) (1) für den Angriff hatte die NATO nicht. Es gab auch keinen anderen Grund, der irgendwie den [Bündnisfall](#) (2) nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags ausgelöst hätte. Laut offiziellen Erklärungen aus den Hauptstädten der NATO-Länder wurde Serbien aus humanitären Gründen zerbombt, um den Menschen dort „Demokratie, Menschenrechte und freie Marktwirtschaft“ zu bringen. Da bei dem NATO-Bombenterror auf Zivilisten keine Rücksicht genommen wurde, mussten Tausende unschuldige Menschen sterben, darunter viele Kinder. Für diese Todesopfer prägte der damalige, stets in die Kamera grinsende NATO-Sprecher Jamie Shea den verharmlosenden Begriff des Kollateralschadens. Mit anderen Worten, die Tausende von Toten und Zigtausende von verwundeten Zivilisten in Serbien waren die leider unvermeidbaren Opfern dieser NATO-Lektion in Humanismus.

Der Grund für den NATO-Angriff hatte mit Humanität und Demokratie ebenso wenig zu tun wie die späteren US/NATO-Kriege in Afghanistan, im Irak, in Libyen, in Syrien, etc. Der wahre Grund war, dass Rumpf-Jugoslawien unter Führung seines Präsidenten Slobodan Milošević sich nicht dem Diktat der neoliberalen Un-Wertegemeinschaft des Westens unterwerfen wollte. Und damit war es ein Dorn im Fleisch der westlichen „Neuordnung“ Osteuropas, die nach dem Ende des Kalten Krieges von den USA und der EU mit imperialer Überheblichkeit und im Stil eines neuen Kolonialismus betrieben wurde.

Tatsächlich hatte sich nach der Selbstauflösung der Sowjetunion 1991 eine heiße Konkurrenz zwischen den USA und den Staaten der Europäischen Union um Einfluss und Investitionsmöglichkeiten in den ehemals realsozialistischen Staaten Osteuropas entwickelt. Ökonomisch ging es Brüssel und Washington hauptsächlich darum, die Filetstücke der osteuropäischen Wirtschaft und Forschung aus den Zwängen des Volkseigentums zu befreien und für die Westkonzerne zu privatisieren. Vor lauter Futterneid kamen sich die europäischen und amerikanischen Geier dabei heftig in die Quere.

Das ging so weit, dass ein Emissär von US-Präsident Bill Clinton nach Brüssel kam, um zuerst im NATO-Hauptquartier (der Autor dieser Zeilen war damals dort dabei) und anschließend in der nur vier Kilometer entfernten EU-Kommission die Europäer zu warnen, dass die nur ja nicht glauben sollten, sie könnten Osteuropa wie ihren Hinterhof behandeln und die USA von der „Neuordnung“ der Region ausschließen. Aber mit dem Besuch des Clinton-Emissärs in Brüssel waren die Spannungen nicht verfliegen.

Misstrauisch beäugten sich die transatlantischen Verbündeten bei ihren Aktivitäten im Osten und wetteiferten miteinander, den Osteuropäern möglichst erster die

Segnungen des sogenannten „*freien Marktes und der liberalen Ordnung*“ zu bringen, einschließlich der erschreckenden Folgen wie nie dagewesener Kinderarmut, Billiglöhnen, Abschaffung des sozialen Netzes, Verlotterung der Bildungsapparats, Zusammenbruch der medizinischen Versorgung, einschließlich katastrophaler Arbeitslosigkeit und durch Armut erzwungener Massenemigration. Bulgarien hat inzwischen 20 Prozent seiner Bevölkerung verloren; zählt man nur die Gruppe der 20- bis 40-Jährigen, dann sind es mehr als 40 Prozent, die ins EU-Ausland gegangen sind.

Nur in einem bedeutenden osteuropäischen Land wollte die Regierung mit dem arbeiterfeindlichen West-Export der „*liberalen Ordnung*“ partout nichts zu tun haben. Stur pochte die Führung in Belgrad auf ihre nationale Souveränität. Engstirnig beharrten die unverbesserlichen Betonköpfe dort auf ihrem immer noch funktionierenden sozialistischen Wirtschaftsmodell. Für den liberalen Wertewesten war allein die Fortexistenz dieses Jugoslawiens mit seinem serbischen Präsidenten Slobodan Milošević eine nicht länger hinnehmbare Provokation geworden. Jugoslawien erwies sich als giftiger sozialistischer Dorn im Fleisch der wirtschaftsliberalen Neuordnung Osteuropas.

Bei der Aufgabe, den „*vergifteten Dorn*“ zu neutralisieren, hat sich dann in den Jahren nach 1991 vor allem das wiedervereinigte Großdeutschland hervorgetan. Lange vor allen anderen NATO- und EU-Staaten hatte die deutsche Bundesregierung mit der Unterstützung nationalistischer Separatistenbewegungen in den jugoslawischen Teilrepubliken begonnen. Daraus entstanden die ersten zwei Sezessionskriege auf dem Balkan, zuerst ein kurzer in Slowenien, dem ein heftiger, längerer in Kroatien folgte. Daraus gingen die beiden Länder als Sieger hervor, vor allem dank deutscher militärischer und finanzieller Hilfe.

Die europäischen NATO-Länder und EU-Partner Deutschlands, vor allem aber die USA, hatten diesem unerwarteten Vorpreschen Deutschlands in militärische Abenteuer auf dem Balkan zuerst mit Befremdung und Ablehnung zugesehen. Für einige Monate ging in den Hauptstädten der NATO-Verbündeten die Angst um, dass nach der Einvernahme der DDR die großdeutsche Ideologie und deutsche Alleingänge in Berlin wieder fröhliche Urstände feiern würden. Diese Angst legte sich erst nach einer intensiven, diplomatischen Offensive Berlins, in deren Folge die EU-Staaten schließlich bereit waren, die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens anzuerkennen.

Einige Monate nach den EU-Staaten folgten dann die USA mit der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Das markierte einen folgenschweren Wendepunkt für den weiteren Verlauf der sogenannten „*Balkankrise*“, denn es machte den Weg frei für die direkte Einmischung Washingtons und für die daraus folgende gewaltsame Zerschlagung Restjugoslawiens mit Bomben und Granaten.

Im weiteren Verlauf der Balkan-Tragödie verfolgten die Europäer und die USA vordergründig dasselbe Etappenziel, nämlich die weitere Zerstückelung Restjugoslawiens und die Integration der Einzelteile in ihre „*liberale Weltordnung*“. Dennoch zog die transatlantische Gemeinschaft nicht am selben Strang. Denn das sicherheitspolitische Establishment in Washington hatte plötzlich einen Weg entdeckt, wie man mithilfe der Balkankrise die inzwischen weithin als abgehalftert angesehene NATO wieder zur wichtigsten sicherheitspolitischen Organisation Europas machen könnte. Für Washington war diese von außerordentlicher Bedeutung, denn nur über die NATO, die von den USA beherrscht wurde, hatte Washington in der Vergangenheit maßgeblich die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse in den Staaten Westeuropas steuern können. Ohne die NATO hätten die Amerikaner in Europa nichts mehr zu sagen.

Der Autor dieser Zeilen arbeitete in jener Zeit in der Politischen Abteilung im NATO-Hauptquartier in Brüssel, und er erinnert sich noch sehr gut daran, wie dort eingefleischte „Atlantiker“ gemeinsam mit Washington geradezu verzweifelt – und mit teils irrwitzigen Vorschlägen – nach neuen Aufgaben für die Organisation suchten, um der NATO ihren alten Glanz und ihr Prestige zurückzugeben, sodass Washingtons Führungsrolle in Europa unangetastet bleiben würde.

Eine Auflösung der NATO, wie sie nach der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Vertrags auch von vielen Politikern in Westeuropa gefordert wurde, wäre dagegen für die Strategen in Washington eine außenpolitische Katastrophe gewesen, nämlich das Ende der US-Hegemonie über Westeuropa. Das hätte auch bedeutet, dass die USA aus dem Rennen um die Aufteilung Osteuropas geworfen worden wären, wo sich viele lukrativen wirtschaftliche, geopolitische und -strategische Möglichkeiten eröffneten.

Es war die Balkankrise, bzw. der Bürgerkrieg in Jugoslawien, zu dem die Bundesrepublik Deutschland die Initialzündung geliefert hatte, der den Strategen in Washington die Augen öffnete, wie die NATO wieder als die „*alleinige, für den Frieden in Europa unersetzliche Organisation*“ ins Spiel gebracht werden konnte. Dafür aber mussten die Bemühungen der EU-Europäer, die Krise ohne die NATO und damit ohne die USA mit rein europäischen Organisationen und Mitteln zu lösen, erst einmal hintertrieben werden. Das übten die Amerikaner dann als erstes im Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina, und mit Erfolg.

Quellen:

1. <https://de.wikipedia.org/wiki/UNO-Mandat>
2. <https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCndnisfall>

+++

Dieser Artikel erschien am 16.02.2019 bei [RT-Deutsch](#).

20 Jahre seit NATO-Angriff auf Jugoslawien – Teil 2

Deutschlands Rückbesinnung auf unrühmliche Traditionen.

Aufgrund des 20. Jahrestages des Nato – Angriffskrieges auf Jugoslawien erscheint in den kommenden Wochen die mehrteilige Serie: 20 Jahre seit NATO-Angriff auf Jugoslawien.

Von Klaus Hartmann.

Bei dieser Zerstörung eines UN- und OSZE-Gründungsmitglieds spielte Deutschland von Anbeginn eine Vorreiterrolle – und konnte sich dabei auf eine lange, beschämende Tradition stützen.

Der deutsche Imperialismus wollte nach dem Anschluss der DDR sein außenpolitisches „Gesellenstück“ machen, indem er – im Dezember 1991, in Person des damaligen bundesdeutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher – durch vorausseilende Anerkennung der Separation Kroatiens und Sloweniens die Führungsrolle übernahm, sekundierte von Österreich und dem Vatikan.

Aber welche Tradition war das, auf die man sich besann, um nicht mehr „wirtschaftlicher Riese, aber politischer Zwerg“ zu sein? Bundeswehr-Generalinspekteur Naumann gab Anfang 1993 die Parole aus: *„Es gibt zwei Währungen in der Welt: wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen.“* Der nächste Bundesaußenminister, Klaus Kinkel, sinnierte mit Bezug auf die „deutsche Wiedervereinigung“ 1993:

Zwei Aufgaben gilt es parallel zu meistern: Im Inneren müssen wir wieder zu einem Volk werden, nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: Im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potenzial entspricht.

Zweimal zuvor gescheitert? Ganz klar: Gemeint waren Kaiser Wilhelm II., der 1918 und Adolf Hitler, der 1945 „gescheitert“ war. Noch deutlicher wurde der CSU-Politiker Edmund Stoiber:

Kohl vollendet das, was Kaiser Wilhelm und Hitler nicht erreicht haben.

Der erste „Gescheiterte“, Kaiser Wilhelm II., hatte im Juli 1914 erklärt: *„Mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar bald“.* Das von Walter Kollo komponierten Lied „Die Männer sind alle Verbrecher“ wurde zynisch umgetextet: „Die Serben sind alle Verbrecher, ihr Land ist ein dreckiges Loch!“. Auf den Truppentransportzügen an die Front stand: „Serbien muß sterben“. Eine Obsession, eine Verirrung – oder gab es dafür „rationale“ Gründe?

Ernst Jäckh, „Mitteleuropa-Vordenker“ und Herausgeber der Zeitung „Das größere Deutschland“, begründete den deutschen Drang nach Südosten 1916 damit, dass die „deutsche Not und Notwendigkeit südostwärts zwingt: Der Landweg über Mitteleuropa wird so der Umweg nach Übersee ... als einziger und letzter Weg in die Welt ... wir müssen diesen Weg gehen, suchen und sichern“. Sein Gesinnungsfreund Friedrich Naumann, Namensgeber der FDP-Parteistiftung, unterstützte diese „Stoßrichtung“ 1915/1916:

Alles, was an der Bagdadbahn liegt, liegt an der für uns notwendigen Linie Hamburg–Suez, die wir uns von niemandem dürfen sperren lassen“. Daher seine Schlussfolgerung: *„Das serbische Gebiet kann nicht als feindliches Kastell innerhalb des mitteleuropäischen Schützengrabenverbandes geduldet werden.“*

Im Ergebnis des 1. Weltkriegs verlor das von österreich-ungarischen, deutschen und bulgarischen Truppen angegriffene und besetzte Serbien über 1 Million Menschen,

nicht weniger als 24 Prozent seiner Bevölkerung. Im 2. Weltkrieg wollte sich das faschistische Deutschland freie Hand für den Überfall auf die Sowjetunion verschaffen und drängte Jugoslawien zum Beitritt in den Dreimächtepakt (die „Achse“ Deutschland-Japan-Italien) am 25. März 1941.

Nach ihrer Rückkehr aus Berlin wurden jene Regierungsvertreter von Massendemonstrationen und Streiks empfangen und wurden abgesetzt, am 5. April 1941 schloss das Land einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion. Am 6. April 1941 starteten Deutschland und Italien daraufhin ihren Balkanfeldzug mit Luftangriffen auf Belgrad. Aufgrund dessen musste sogar der für den 15. Mai 1941 geplante Überfall auf die Sowjetunion auf den 22. Juni 1941 verschoben werden, was der Wehrmacht den „Russischen Winter“ bescherte. Während des 2. Weltkriegs verloren wiederum 1.690.000 Menschen in Jugoslawien ihr Leben.

Mit dem Ende der Sowjetunion beginnt die Zerstörung Jugoslawiens

Nach 45 Jahren Frieden, trotz Kaltem Krieg, begannen die Aktionen des Westens zur Zerstörung Jugoslawiens unmittelbar zur Zeit des Untergangs des sozialistischen Staatensystems in Europa. Manche Linke hatten zwar von der nun fälligen „Friedensdividende“ geträumt, aber die Rechnung ohne den imperialistischen Wirt gemacht: Jugoslawien hatte seine „Puffer-Funktion“ verloren, und der Sieg im „Kalten Krieg“ wurde erst komplett, wenn auch die letzten sozialistischen Restbestände – mindestens in Europa – abgeräumt waren.

Bundeswehr und Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände veranstalteten im Herbst 1991 eine gemeinsame Tagung in Fürstfeldbruck, bei der der ehemalige Verteidigungsminister Rupert Scholz von der „unbestreitbar fundamentalen gesamtdeutschen Bedeutung des Jugoslawienkonflikts“ sprach:

Wir glauben, dass wir die wichtigsten Folgen des zweiten Weltkrieges überwunden und bewältigt hätten. Aber in anderen Bereichen sind wir heute damit befasst, noch die Folgen des Ersten Weltkrieges zu bewältigen. Jugoslawien ist als eine Folge des ersten Weltkrieges eine sehr künstliche, mit dem Selbstbestimmungsrecht nie vereinbar gewesene Konstruktion.

Nachdem in Kroatien 1990 separatistische Nationalisten die Wahl gewonnen hatten, wurde ein Referendum über die Loslösung von Jugoslawien angesetzt und die Verfassung der Republik entsprechend geändert: Die Serben wurden als konstituierendes Staatsvolk gestrichen und unter die nationalen Minderheiten einsortiert. Straßen und Plätze mit Namen von Antifaschisten erhielten Namen von Ustascha-Faschisten aus dem „Unabhängigen Kroatien“ der Jahre 1941 bis 1944.

Nach ständigem diplomatischem wie publizistischem Druck setzte Deutschland Ende 1991 durch, dass auch die Europäische Gemeinschaft diesen ersten Separatstaat Kroatien anerkannte. Außenminister Hans-Dietrich Genscher pries sich als „ehrlicher Makler“ und behauptete, dass die von der Bundesrepublik vorangetriebene Anerkennung „den Menschen dort die Befriedung gebracht hat“. Tatsächlich hat die deutsche Kampagne den Bürgerkrieg befeuert.

„Die Deutschen tragen eine besondere Verantwortung“

US-Außenminister Warren Christopher vertrat die Auffassung, „dass beim gesamten Anerkennungsprozess ... schwere Fehler gemacht wurden ... und die Deutschen eine besondere Verantwortung tragen“, nach Frankreichs Außenminister Roland Dumas waren „die Verantwortlichkeiten Deutschlands und des Vatikans für die Beschleunigung der Krise offenkundig enorm.“ Lord Carrington, Vorsitzender der Jugoslawienkonferenz, warnte, dass eine frühzeitige Anerkennung Sloweniens und Kroatiens „der Funke sein (könnte), der Bosnien-Herzegowina in Brand setzt.“

In diesem Sinne schrieb UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar am 14.12.1991 an Genscher:

Ich nehme an, dass Sie von der großen Sorge... gehört haben,... dass eine verfrühte selektive Anerkennung eine Erweiterung des gegenwärtigen Konflikts in jenen empfindlichen Regionen nach sich ziehen würde. Solch eine Entwicklung könnte schwerwiegende Folgen für die ganze Balkanregion haben und würde meine eigenen Bemühungen und diejenigen meines persönlichen Gesandten... für friedenserhaltende Maßnahmen... ernsthaft gefährden.

Der serbische Präsident Slobodan Milošević konstatierte, dass Jugoslawien „das erste Opfer der Politik des Revanchismus“ nach der Vereinigung Deutschlands wurde. Doch Deutschland munitionierte die Bürger- bzw. Stellvertreterkriege in Kroatien und Bosnien nicht nur politisch, sondern auch wortwörtlich: Angeblich „abgerüstete“ Panzer des Typs T-55 sowie Kampfflugzeuge MiG-21 aus Beständen der aufgelösten Nationalen Volksarmee der DDR wurden an die Separatisten geliefert, und kamen – umgespritzt – zum Einsatz, natürlich gegen „unseren Erbfeind“ Serbien.

Auch der Vatikan beließ es nicht bei frommen Wünschen. Nach Auffassung des Buchenwaldhäftlings, antifaschistischen Widerstandskämpfers und Freidenkers Emil Carlebach bestand die Rolle des Vatikan darin, dass „er 1944 vor den heranrückenden Alliierten Ustascha-Gold im Wert von 200 Millionen Dollar ‚in Sicherheit‘ brachte, es zunächst zur Fluchthilfe der Ustascha-Verbrecher ‚anlegte‘ und schließlich 1990 mit Zins und Zinseszins als Milliardengeschenk dem – dank Deutschland – neu erstandenen ‚unabhängigen‘ Kroatien zurückzahlte.“

Die „führende Rolle“ des deutschen Imperialismus bei der Zerstörung Jugoslawiens ist unbestritten, doch die vorgebliche Unterstützung der USA für den Erhalt Jugoslawiens war bestenfalls verbaler Art und weniger als die Hälfte der Wahrheit. Denn diese Erzählung „vergisst“ die verschärfte Wirtschaftskrise Jugoslawiens in den 1980er Jahren, dessen Auslandschulden (insbesondere gegenüber dem IWF) sich auf über 30 Milliarden DM beliefen. Die Hochzinspolitik der USA bewirkte, dass Jugoslawien seine Zinsrückzahlungen nicht mehr leisten konnte und unter die Zwangsverwaltung des Internationalen Währungsfonds gestellt wurde.

Die Ausplünderung des Landes auf Grundlage der von Weltbank und Weltwährungsfonds verordneten „Reformen“ zielte nicht zufällig auf Destabilisierung und Auflösung des Bundesstaates. Bereits 1984 hatte die Reagan-Administration die jugoslawische Wirtschaft mit einer Geheimdirektive (National Security Decision Directive / NSDD 133) ins Visier genommen, berichtet Prof. Michel Chossudovsky aus Kanada:

Ihr Titel lautete schlicht: ‚Die Politik der USA in Bezug auf Jugoslawien‘ (und) stimmte im Wesentlichen mit einer früheren Direktive über Osteuropa von 1982 überein (NSDD 54). Sie forderte unter anderem fortgesetzte Anstrengungen zur Entfaltung von ‚stillen Revolutionen‘ mit dem Ziel der Überwindung kommunistischer Regierungen und Parteien, während die Länder Osteuropas wieder dem Wirkungskreis des Weltmarktes unterworfen werden sollten.

So wurde der Boden für wirtschaftliches Chaos, Proteste und separatistische Tendenzen bereitet, die man nur noch fördern musste, um die Opfer in Stellvertreterkriege zu hetzen. Dies wiederum war erforderlich, um das „Eingreifen des Westens“ vorzubereiten, der dann folgerichtig sein Zerstörungswerk mit der NATO-Aggression 1999 krönte.

+++

Dieser Artikel erschien am 21.02.2019 bei [RT-Deutsch](#)

20 Jahre seit NATO-Angriff auf Jugoslawien – Teil 3

Luftangriffe in Bosnien-Herzegowina als Test für Kosovo.

Aufgrund des 20. Jahrestages des Nato – Angriffskrieges auf Jugoslawien erscheint in den kommenden Wochen die mehrteilige Serie: 20 Jahre seit NATO-Angriff auf Jugoslawien.

Von **Rainer Rupp**.

Nach dem Ende des Kalten Krieges stand auch der Fortbestand der US-geführten NATO auf der Kippe. Damit aber hätte Washington seine Kontrolle über Europa verloren. Deshalb musste die NATO als die „für den Frieden in Europa unersetzliche Organisation“ wieder ins Spiel gebracht werden. Der von Deutschland initiierte Bürgerkrieg in Jugoslawien spielte dabei den Amerikanern in die Hände. Washington musste nur noch die Bemühungen der EU-Europäer, die Balkan-Krise ohne NATO und ohne die USA zu lösen, erfolgreich hintertreiben. Der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina brachte Washington den ersten Erfolg.

In Bosnien-Herzegowina hatten sich europäische Vermittler anfangs redlich bemüht, mit diplomatischen Mitteln und Versprechen von finanziellen und ökonomischen Anreizen die drei sich gegenseitig bekämpfenden, ethnischen Gruppen (Serben, Kroaten und Muslime) an einen Verhandlungstisch zu bringen. Zugleich aber sabotierten Abgesandte Washingtons die Bemühungen ihrer europäischen Kollegen um eine friedliche Lösung, indem sie hinter den Kulissen Gespräche mit Kroaten und Muslimen führten und diese in ihrer Absicht bestärkten, den militärischen Sieg gegen die Serben zu erzwingen. Zu diesem Zweck versorgte Washington diese beiden Parteien über geheime Kanäle großzügig mit Waffen und militärischen Beratern.

Bei diesem doppelten Spiel der Amerikaner war es kein Wunder, dass die EU-Unterhändler bei den Verhandlungen mit den verfeindeten Gruppen nicht von der Stelle kamen. Angesichts dieses „Versagens“, der angeblich „zahnlosen“, europäischen Politik hatten eingefleischte „Atlantiker“, in Politik und Medien der EU-Hauptstädte langsam wieder die Oberhand gewonnen.

Je stärker sich in der Öffentlichkeit das Bild der Unfähigkeit der europäischen Organisationen festigte und die EU als Papiertiger belächelt wurde, desto lauter wurden wieder die Rufe, doch endlich „die NATO ranzulassen“. Nur die NATO habe die notwendige „harte militärische Schlagkraft“, um eine Lösung des Konflikts in Bosnien-Herzegowina zu erzwingen. Denn wenn die EU-Diplomaten wegen des Starrsinns der bösen Serben nicht weiter kämen, dann müssten NATO-Bomben ihnen Vernunft einbläuen. Es war eine Forderung, die von Washington lebhaft unterstützt wurde.

Zu diesem Zeitpunkt war in Bosnien-Herzegowina der Bürgerkrieg zwischen Kroaten und Muslimen und Muslimen und Serben und Serben und Kroaten in vollem Gang. Es ist allgemein bekannt, dass sich Bürgerkriege von anderen Kriegen in der Regel wegen ihrer besonderen Brutalität unterscheiden. In Bosnien-Herzegowina war das nicht anders. Alle Seiten machten sich schwerer Kriegsverbrechen vor allem gegen unbeteiligte Zivilisten schuldig. Aber westliche Medien und Politiker sonderten bewusst die Serben als Alleinschuldige aus.

Denn das Fernziel war die Unterwerfung Serbiens, das sich unter seinem Präsidenten Slobodan Milošević immer noch nicht der „liberalen Weltordnung“, des „Wertewestens“, fügen wollte. Dafür mussten allerdings die Serben in der Wahrnehmung der westlichen Öffentlichkeit zuerst „entmenschlicht“, werden.

Wie noch heute leicht nachzuprüfen ist, wurden die Serben von westlichen Politikern und Medien als wahre Bestien dargestellt. Die Fake-News-Maschinerie der NATO und ihrer Hofschranzen in den Mitgliedsländern lief auf Hochtouren. Die Rufe nach einem humanitären NATO-Bombeneinsatz gegen die Serben wurden unüberhörbar. Auch in Deutschland sahen viele Leute in den Serben keine Menschen, sondern nur noch wilde Tiere. Es war die hohe Zeit der Demagogen und Kriegshetzer, unter denen sich Bundesaußenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) in Abstimmung mit seiner Freundin, der US-Außenministerin Madeleine Albright, besonders hervortat.

Es war der oliv-grüne Fischer, der damals die in Deutschland unter Anti-Militaristen geläufige Formel „Wegen Auschwitz nie wieder Krieg,, einfach umdrehte. „Gerade wegen Auschwitz,, argumentierte er, müsste sich auch die Bundeswehr am Krieg gegen die serbischen Bestien beteiligen.

Nach einer derart radikalen Kriegsvorbereitung durch die „grüne Friedenspartei,, war auch im Fall der Beteiligung deutscher Soldaten bei einem NATO-Angriff gegen die Serben mit einem Aufschrei der Empörung der deutschen Öffentlichkeit nicht mehr zu rechnen. Derweil wurden Washington und die NATO darauf vorbereitet, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit als ersten Teil eines langfristigen Plans zur Unterwerfung Jugoslawiens, die bosnischen Serben zum Abschuss durch die NATO freizugeben.

Zugleich brannte den Amerikanern die Zeit unter den Nägeln, denn es war immer noch zu befürchten, dass es den Europäern, die eine eigenständige europäische Politik ohne USA und NATO verfolgten, in der OSZE oder in anderen Gremien womöglich doch noch gelingen könnte, in Bosnien-Herzegowina die verfeindeten Parteien zu einer Verhandlungslösung an einen Tisch zu bringen.

Am 28. August 1995 kam dann in Bosnien-Herzegowina der Tag, auf den die Amerikaner und die europäischen Atlantiker so lange hingearbeitet hatten. Ein angeblich von bosnischen Serben im muslimischen Teil des Landes angerichtetes Massaker auf einem belebten Marktplatz lieferte den Vorwand für die nachfolgenden Luftangriffe gegen die bosnischen Serben. Laut offizieller NATO-Version feuerten serbische Truppen fünf Mörsergranaten auf Sarajevo, die belagerte Hauptstadt der bosnischen Muslime. Eine Granate traf den belebten Markale-Bauernmarkt. 37 Zivilisten wurden getötet und 90 verletzt.

Bei der späteren Untersuchung des Einschlagtrichters der Granate auf dem Markale-Markt wurden jedoch von unabhängigen Experten Zweifel laut, wonach die Granate gar nicht aus der Richtung der serbischen Stellungen gekommen sein konnte. Tatsächlich ist die Herkunft des Geschosses bis heute nicht geklärt. Daher hat sich hartnäckig der Verdacht gehalten, dass es sich bei dem Granatbeschuss um eine „falsche Flagge,, handelte, um mit dem angerichteten Massaker endlich einen „humanitären,, Grund für die angedrohten „Luftschläge,, der NATO zu haben, die dann auch prompt folgten.

Nach der inzwischen wohlbekannten Methode der Reaktion auf „falsche Flaggen,, wurden die bosnischen Serben von der NATO sofort zu den alleinigen Schuldigen erklärt, noch lange bevor eine Untersuchung des Granattrichters durch Experten stattgefunden hatte. Aber für eine neutrale Klärung der Herkunft der „Massaker-Granate,, war die anti-serbische Stimmung in der westlichen Öffentlichkeit viel zu aufgeheizt. Zwei Tage später, am 30. August, begann die NATO dann ihre „Operation Deliberate Force“. Aus den westlichen Propaganda-Megafonen schallte es, dass die NATO angeblich „vollkommen völkerrechtskonform,, im Auftrag der „Internationalen Gemeinschaft,, gehandelt habe.

Die NATO-Luftangriffe dauerten bis zum 14. September 1995. Insgesamt wurden unter Beteiligung von Kampfflugzeugen aus acht NATO-Staaten 3.515 Einätze

geflogen, davon [59 von der deutschen Luftwaffe](#) (1). Wie zu erwarten, hatten die Amerikaner mit zwei Drittel (genau 65,9 Prozent bzw. 2.318 Einzeleinsätzen) den Löwenanteil, gefolgt von den Briten mit 9,3 und den Franzosen mit 8,1 Prozent.

In der ersten Phase wurden in den Hügeln und Bergen um Sarajevo serbische Ziele bombardiert. Später wurden die Angriffe ausgeweitet, wobei landesweit zahlreiche Führungsstrukturen, Munitionsdepots, Kasernen, strategisch wichtige Brücken und Luftabwehrstellungen der bosnischen Serben ausgeschaltet wurden. Schließlich warfen die bosnischen Serben das Handtuch.

Am 21. November 1995 wurden sie dann gezwungen, den US-Diktatfrieden von Dayton zu unterzeichnen, womit der 1992 begonnene Bosnien-Krieg formal beendet war. Aber für Rumpf-Jugoslawien, vor allem für die Teilrepublik Serbien, fingen die Probleme jetzt erst richtig an. Denn das Beispiel des „NATO-Erfolgs“, in Bosnien-Herzegowina verlangte geradezu danach, auch auf das unbelehrbare Serbien des „neuen Hitlers“, wie Präsident Milošević inzwischen bezeichnet wurde, angewendet zu werden.

Quelle:

1. https://www.globalsecurity.org/military/ops/deliberate_force.htm

20 Jahre seit NATO-Angriff auf Jugoslawien – Teil 4

Aufgrund des 20. Jahrestages des Nato – Angriffskrieges auf Jugoslawien erscheint in den kommenden Wochen die mehrteilige Serie: 20 Jahre seit NATO-Angriff auf Jugoslawien.

Von **Rainer Rupp**.

Von den Anfängen des Bürgerkriegs in Bosnien-Herzegowina 1992 bis zum Eingreifen der NATO 1995 wurden immer wieder Massaker an der bosnisch-muslimischen Zivilbevölkerung dazu genutzt, um die UNO und speziell auch die Öffentlichkeit in den NATO-Ländern gegen die angeblich zu Bestien verkommenen Serben aufzuhetzen. Aber genau wie in jüngerer Zeit in Libyen und Syrien, waren viele dieser Gräueltaten in Bosnien-Herzegowina inszeniert. Und das war damals durchaus auch der UNO und der NATO bekannt.

In einem früheren Artikel zur Reihe „20 Jahre NATO-Angriffskriegs gegen Jugoslawien“ wurde kurz das Massaker vom 28. August 1995 auf dem belebten Markale-Markt in Sarajewo erwähnt, das den Vorwand für die nachfolgenden NATO-Luftangriffe lieferte. Nach offizieller, westlicher Darstellung waren die Granaten, die damals 37 Zivilisten getötet und 90 verletzt haben sollen, von bosnischen Serben abgefeuert. Allerdings folgte das Markale-Massaker dem inzwischen bekannten Muster früheren Gräueltaten mit bosnisch-muslimischen Opfern, die nachweislich unter falscher Flagge ausgeführt worden waren.

Obwohl es damals auch im Fall des Markale-Massaker wieder deutliche, technische Hinweise gab, dass diese offizielle Version des Westens nicht stimmen konnte, haben die Westmedien und NATO-Politiker blitzschnell entschieden, dass die bekannterweise abscheulichen Serben zweifelsfrei die Schuldigen seien. Eine forensisch-technische Untersuchung des Tatortes und der Granattrichter fand nicht statt. Der Weg für die NATO-Luftangriffe in Bosnien-Herzegowina war somit frei. Es sollte der politische und militärische Testlauf für den einige Jahre später folgenden großen Luftkrieg gegen Serbien und Rest-Jugoslawien werden.

Dabei war selbst in UNO- und NATO-Kreisen inzwischen wohlbekannt, dass die extrem nationalistische, politische Führung der bosnischen Muslime offensichtlich keine Skrupel hatte, in durchaus sorgfältig arrangierten und besonders perfiden Massakern auch ihre eigenen Leute zu opfern, um diese Verbrechen anschließend den bosnischen Serben in die Schuhe zu schieben. Das alles geschah, um die NATO-Öffentlichkeit und somit die NATO auf ihre Seite zu ziehen. Denn nur durch eine militärische Intervention der NATO hofften die Nationalisten in Sarajewo, ihren Traum von einem unabhängigen, muslimischen Nationalstaat auf dem Territorium von Bosnien-Herzegowina verwirklichen zu können.

Bereits am 22. August 1992, also zweieinhalb Jahre vor dem Markale-Massaker, hatte Leonard Doyle, Korrespondent der britischen Tageszeitung *The Independent*, unter dem Titel „[Muslime schlachten ihre eigenen Leute ab](#)“ (1) aus New York berichtet, dass „Vertreter der Vereinten Nationen und hochrangige westliche Militärs davon ausgehen, dass einige der schlimmsten Morde in Sarajevo, darunter das Massaker an mindestens 16 Menschen, die auf einem Markt für Brot anstanden, hauptsächlich von den muslimischen Verteidigern der Stadt (Sarajewo), und nicht wie behauptet von deren serbischen Belagerern verübt wurden“. Diese Morde seien „als Propaganda-Trick“ (also unter „falscher Flagge“) ausgeführt worden, „um das Mitleid der Weltöffentlichkeit zu erregen“, mit dem Ziel, „sie für eine militärische Intervention zu gewinnen“.

In diesem Artikel berief sich die investigative britische Zeitung „auf vertrauliche Berichte“, die im UN-Hauptquartier in New York im Umlauf waren, was auch „in Washington bei Lageeinweisungen US-amerikanischer Politiker zum Ausdruck gebracht wurde“. Demnach deute alles darauf hin, dass die Verteidiger von Sarajewo, hauptsächlich Muslime, ... „mehrere Angriffe auf ihre eigenen Leute unternommen hatten, in der Hoffnung, die Notlage der Stadt angesichts der unüberwindlichen serbischen Belagerungskräfte zu dramatisieren“.

Dieser Berichte des *Independent* wurden später von anderen Quellen bestätigt und durch Details ergänzt, vor allem von hochrangigen Militärs, die entweder im Rahmen der UNO oder der NATO bei den Kampfhandlungen damals vor Ort waren. Nach dem Krieg beschreibt zum Beispiel der kanadische Generalmajor Lewis MacKenzie, damals Befehlshaber der US-Streitkräfte in Sarajevo, in seinem Buch „[Peacekeeper, The Road to Sarajevo](#)“ (Friedenswächter, Die Straße nach Sarajevo, (2)) den oben beschriebenen Vorfall mit der Menschenschlange vor dem Brotbäcker:

27. Mai – Katastrophe in Sarajewo. Menschen, die sich für Brot in einer Reihe aufgestellt hatten, wurden angegriffen und mindestens siebzehn getötet. Die Präsidentschaft (Anm.: das Amt des bosnischen Präsidenten Alija Izetbegovic in Sarajewo) behauptet, es sei ein serbischer Mörserangriff gewesen, die Serben behaupten, es sei ein Sprengstoffanschlag gewesen. Unsere Leute sagen uns, dass es einige Dinge gab, die nicht passten. Die Straße war kurz vor dem Vorfall gesperrt worden. Sobald die Menge hereingelassen und in einer Reihe aufgestellt war, erschienen die Medien, hielten jedoch Abstand. Der Angriff fand statt und die Medien waren sofort vor Ort. Die Mehrheit der Getöteten soll aus „zahmen Serben“ bestanden haben. Wer weiß? Sicher ist nur, dass unschuldige Menschen getötet wurden.“ (Anm.: Mit zahmen Serben waren serbische Einwohner der Stadt gemein, von denen einige weder geflohen noch vertrieben worden waren).

In seinem Artikel aus New York geht der *Independent*-Korrespondent Doyle auf weitere Berichte ein, die an der UNO kursierten und die, abgesehen von der Bombardierung der Brotschlange, eine Litanei grausamer Ereignisse enthalten, wie z.B. die Explosion am 4. August auf einem Friedhof von Sarajewo während der Beerdigung von zwei Waisenkindern, die etliche Opfer forderte. Das ging damals als besonders abscheuliches Verbrechen der bosnischen Serben durch die Westmedien. Eine Vertreterin der UNO allerdings, die bei dem Angriff auf den Friedhof dabei war und ebenfalls verletzt worden war, bezweifelte gegenüber Doyle die offizielle Version der bosnischen Muslime:

Ich war nur etwa zwei Meter von der Stelle entfernt, wo nach der Explosion der Rauch aufstieg und wenn es, wie (von bosnischer Seite) berichtet, eine Mörsergranate gewesen wäre, wäre ich in 20 Stücke zerrissen worden.

Mit der „choreografierten Mörsersalve“ weist Doyle auf eine weitere „falsche Flagge“ hin. Diese Mörsersalve schlug am 17. Juli ausgerechnet in der Nähe des Gebäudes ein, das der britische Außenminister Douglas Hurd 30 Sekunden zuvor für sein Treffen mit dem bosnischen Präsidenten betreten hatte. Dabei wurden 10 Zuschauer verwundet. Auch dieser Mörserbeschuss erregte weltweite Aufmerksamkeit zugunsten des bosnischen Muslime, wurde er doch von den auch damals schon Fake News verbreitenden Mainstream-Medien ohne weitere Fragen als heimtückischer Mordversuch der Serben am britischen Außenminister dargestellt.

Laut Doyle gingen „Vertreter der Vereinten Nationen auch davon aus, dass die Kugel, die den amerikanischen Fernsehproduzenten David Kaplan am 13. August in der Nähe des Flughafens von Sarajevo getötet hatte, wahrscheinlich nicht von einem Scharfschützen aus den weit entfernten, serbischen Positionen abgefeuert wurde“. Doyle zitiert einen Offizier der UN-Friedenstruppe: „Das wäre unmöglich gewesen. Der Schuss kam horizontal über den Boden. Deshalb muss der Schütze auf

Bodenhöhe gewesen sein“, heißt es in dem *Independent*-Artikel. Da die bosnischen Serben ihre Positionen nur auf den Bergen rund um die Stadt hatten und sich die bosnischen Muslime im ebenen Talkessel der Stadt befanden, bedeutet eine horizontale Flugbahn der tödlichen Kugel, dass sie von einer muslimischen Position innerhalb der Stadt abgefeuert worden war.

Weiter berichtet Doyle, dass Vertreter der Vereinten Nationen davon ausgingen, dass ein ukrainischer Friedenssoldat, der wenige Tage vor dem Erscheinen seines Artikel in der Marshall-Tito-Kaserne in Sarajewo durch Schüsse in Kopf und Herz getötet worden war, nicht von der Langwaffe eines serbischen Scharfschützen, sondern durch eine „Handfeuerwaffe“ getötet worden ist, was ebenfalls klar auf einen bosnischen Muslim hindeutet.

Zum Abschluss seines Artikels beschreibt Doyle eindrucksvoll, vor welchem politischen Hintergrund damals das Massaker an der Warteschlange vor der Bäckerei in Sarajewo stattfand. Und auch, wie es von den westlichen Fake-News-Medien mit grausamen Bildern ausgeschlachtet wurde, wodurch kriegsgeile Politiker Wasser auf ihre Mühlen bekamen. Das Szenario dürfte jedem regelmäßigen *RT*-Leser inzwischen geläufig sein. Denn es läuft immer nach demselben Grundmuster ab, das wir von den Terror- oder Giftgas-Angriffen unter falscher Flagge aus jüngerer Zeit kennen, von Duma in Syrien bis zu Skripal im englischen Salisbury. Hier noch DoYLES eingehendere Beschreibung:

Die im Fernsehen übertragenen Szenen, in denen Zivilisten durch eine Explosion in Stücke gerissen wurden, erschreckten die internationale öffentliche Meinung und erhöhten den Druck (in Richtung) auf militärische Intervention gegen die serbische Seite. Plastische Aufnahmen zeigten Leichen auf der Straße und Menschen mit abgetrennten Gliedmaßen, die in Blutlachen auf dem Gehsteig saßen. Der Angriff kam kurz vor einem Treffen der Botschafter der Europäischen Gemeinschaft, um Sanktionen gegen Serbien zu erwägen. Die Weltpresse schlussfolgerte, dass die Gräueltaten durch Mörserbomben verursacht wurden, die aus serbischen Positionen abgefeuert wurden, und der Angriff wurde weithin als zynischer Widerstand der Serben (gegen die Internationale Gemeinschaft) interpretiert.

„Beamte der Vereinten Nationen sagten damals, sie seien misstrauisch, was die Umstände des Verbrechens betrifft, aber sie könnten damit nicht an die Öffentlichkeit gehen, ohne die UN-Mission und möglicherweise auch das Leben von UN-Friedenstruppen zu gefährden.“ Vertrauliche Berichte an den UNO-Befehlshaber der Streitkräfte, General Satish Nambiar, kamen jedoch zu dem Schluss, dass bosnische Truppen des Präsidenten Alija Izetbegović womöglich eine Bombe gezündet hätten.

„Wir gehen davon aus, dass es eine ferngezündete Explosion war, wahrscheinlich mit einer Bombe in einem Kanister“, sagte ein UN-Beamter. „Der Explosionskrater, der entstanden ist, ist nämlich nicht im Entferntesten so groß, wie er sein müsste, wenn eine Mörser-Granate die gepflasterte Oberfläche getroffen hätte.“

Quellen:

1. <https://www.independent.co.uk/news/muslims-slaughter-their-own-people-bosnia-bread-queue-massacre-was-propaganda-plot-un-told-1541801.html>
2. <https://www.amazon.de/Peacekeeper-Road-Sarajevo-Lewis-MacKenzie/dp/155054098X>

+++

Dieser Artikel erschien am 01.03.2019 bei *RT-Deutsch*.

20 Jahre seit NATO-Angriff auf Jugoslawien – Teil 5

Warum wurde Milošević zum Hassobjekt des Westens?

Aufgrund des 20. Jahrestages des Nato – Angriffskrieges auf Jugoslawien erscheint in den kommenden Wochen die mehrteilige Serie: 20 Jahre seit NATO-Angriff auf Jugoslawien.

Von **Klaus Hartmann**.

Mit einer Rede zum Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo Polje) habe Slobodan Milošević 1989 die „Fackel des serbischen Nationalismus entzündet“ – so die westliche Erzählung. Zu diesem Zweck wurde die Rede gefälscht und manipulierend interpretiert. Doch der serbische Präsident geriet nicht grundlos ins Visier der künftigen Balkankrieger. Welche Interessen dahinter standen, verrät ein Blick in Geschichte wie auch so manches déjà vue-Erlebnis nach der NATO-Aggression 1999.

Österreichs traditionelles Bestreben nach Beherrschung der südöstlichen Nachbarländer wird im Rückblick auf die Vorgeschichte des 1. Weltkriegs mit der Habsburger Monarchie als treibender Kraft deutlich. Die im „Westen“ durchgängig erzählte Kurzgeschichte, nach der das Attentat auf den österreichischen Thronfolger in Sarajevo durch Gavrilo Princip der Kriegsgrund gewesen sein soll, war allerdings nur ein willkommener Vorwand für die Kriegstreiber in Österreich-Ungarn.

Bosnien-Herzegowina war seit 1908 von der Donaumonarchie annektiert, nach dem sich die Türkei als „kranker Mann am Bosphorus“ zurückziehen musste, und keine Gewähr mehr bot, den nationalen Befreiungskampf der südslawischen Völker weiterhin zuverlässig unterdrücken zu können. Die Befreiungsbewegung „Freies Bosnien“ nutzte also den Inspektionsbesuch des Erzherzogs Franz Ferdinand bei den illegalen Besatzungstruppen für einen Anschlag auf ihn als Repräsentanten der verhassten Besatzungsmacht. Zudem fand der Truppenbesuch provokativerweise ausgerechnet am 28. Juni 1914 statt, dem 525. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld, der als „Veitstag“ (Vidovdan) ein hoher serbischer Feiertag ist.

Österreichs Außenminister Alois Mock war Anfang der 1990er Jahre Komplize Hans-Dietrich Genschers bei der vorseilenden Anerkennung der verfassungswidrigen Sezession Sloweniens und Kroatiens. Er deklarierte die durch deren Separatismus ausgelösten Bürgerkriege als „kalkulierten Angriffs- und Eroberungskrieg Serbiens und Montenegros“. Jene, die für den Erhalt eines multinationalen, multiethnischen föderalen Staates eintraten, nannte Mock das „Belgrader Regime“, dem er das „Ziel der Schaffung eines groß-serbischen Staates“ unterschob, wozu eine „schleichende ethnische Säuberung“ dienen sollte.

In welcher Tradition dieser Mock steht, kann ein „Habsburger“ besser bezeugen als der Autor: Die Paneuropa-Union, die auf die Pan-Europa-Idee von Richard Coudenhove-Kalergi (1922/23) zurückgeht, wurde nach 1945 von Mitgliedern des ehemaligen Kaiserhauses Habsburg zunächst unter dem Namen „Aktion Österreich Europa“ wieder ins Leben gerufen, und entwickelte sich vom Monarchisten-Verein zum EU-Fanclub. Heute ist der EU-Abgeordnete Bernd Posselt (CSU) Präsident, Nachfolger des 1973 bis 2004 amtierenden Otto „von“ Habsburg (in Österreich ist das Führen von Adelstiteln verboten). Die „Paneuropäer“ waren und sind stramm rechtsgerichtet, wirkten als antisozialistische Speerspitze im „Kalten Krieg“, und veranstalteten 1989 jenes „Paneuropa-Picknick“, bei dem der alte Habsburger zusammen mit dem ungarischen „Reformer“ Imre Pozsgay den „Eisernen Vorhang“

durchtrennte. Heute noch gilt den „Paneuropäern“ Kaliningrad als „das von Russland besetzte Gebiet um Königsberg“.

In unserem Zusammenhang hier ist von Bedeutung: Sie halten die „Mitteleuropa-Idee“ (Jäckh, Naumann, Rohrbach) aus der Zeit vor und während des 1. Weltkriegs warm: Deutsche Kontrolle entlang der Bagdad-Bahn, wo „das feindliche serbische Kastell nicht geduldet werden kann“. Ottos Sohn Karl Habsburg beruft sich heute auf die antiserbische „Politik, die seit deutlich mehr als 100 Jahren gilt, (...) die sowohl mein Vater Otto von Habsburg als auch Alois Mock vertreten haben.“ Stolz berichtet dieser Habsburg-Spross von der Verleihung des „Europapreises Coudenhove-Kalergi“ an den „Kosovo-Präsidenten“ Rugova, bei der Außenminister Mock präsidierte, nicht ohne das Ereignis zu „rahmen“: „Am 28. Juni 1989, zum 600. Jahrestag der Schlacht am Amselfeld, hielt Milošević seine berühmte Rede am Kosovo Polje. Die Rede war die politische Vorbereitung der späteren Jugoslawien-Kriege.“

Diese Lesart und die Rede vom „serbischen Nationalismus“ bestimmten seit Anfang der 1990er Jahre die Aussagen westlicher Politiker und die Medienberichterstattung. 1999 sekundierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die NATO-Aggression:

Mit einer von Chauvinismus durchwirkten Rede hat Milošević vor zehn Jahren im Kosovo eine für den Balkan verhängnisvolle Entwicklung in Gang gesetzt.

Schon 1995 behauptete *Der Spiegel*, „Milošević trägt mit seinem kompromisslosen großserbischen Nationalismus die größte Schuld an Krieg und Auflösung im ehemaligen Jugoslawien.“ Der selbst gleichgeschaltete Frontberichterstatte Ivanj wiederholt noch 2019 (im *MDR*): „Milošević heizte über gleichgeschaltete Medien den serbischen Nationalismus an.“ Dem Motto „Haltet den Dieb!“ folgend, war es für Christian Schwarz-Schilling, Minister in Helmut Kohls Kabinett, die „großserbischen Ideologie, die zum schlimmsten Völkermord in Europa seit dem 2. Weltkrieg und zum anschließenden Auseinanderfallen des früheren Jugoslawiens geführt hat“.

Für Außenminister Hans-Dietrich Genscher habe „die auf dem Amselfeld gehaltene Ansprache Miloševićs eine große Rolle“ für die „großserbischen Absichten gespielt.“ Slobodan Milošević konterte: „Der deutsche Außenminister Genscher war der Hauptkriminelle bei der Zerstörung Jugoslawiens.“ Unübertrefflich (wie bei anderen Kriegslügen) ließ sich Verteidigungsminister Scharping vernehmen:

Mit einer von Chauvinismus durchwirkten Rede hat Milošević vor zehn Jahren im Kosovo eine für den Balkan verhängnisvolle Entwicklung in Gang gesetzt. (...) An diesem Tag sprach Milošević von ‚Groß-Serbien‘ und davon, dass dieses Land ein ethnisch reines sein sollte.

Die Gesinnungsfestigkeit dieser Bewertungen steht außer Zweifel – doch wie steht es um die Fakten? Ausgesprochen schlecht – es wurde frei erfunden, plump gefälscht und glatt gelogen, zu einer Zeit, als „Fake News“ und „Hate Speech“ noch nicht in aller Munde waren. Es war Ralph Hartmann, letzter Botschafter der DDR in Jugoslawien, der die penetranten Übersetzungsfehler der Milošević-Rede aufdeckte, wie sie in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zum Besten gegeben wurden: Es sei „nicht unerheblich, ob der Präsident sagte: ‚Sechs Jahrhunderte später befinden wir uns wieder in Kriegen‘ oder ‚sechs Jahrhunderte später befinden wir uns wieder in Kämpfen‘, betonend, dass es sich nicht um bewaffnete handelt, die er allerdings nicht ausschließen konnte – wer kann das schon? – so ist es auch nicht unwesentlich, ob die Menschen in die Sterne blicken, und ‚für den Sieg bitten‘, wie es wörtlich in der *FAZ* hieß, und was prächtig zu den herbeigedeutschten ‚Kriegen‘ passte, oder ob sie nach den Sternen schauen, ‚erwartend, dass sie sie erobern‘...“.

Ralph Hartmann weiter:

Gesucht wird im Redetext das Eintreten von Milošević für ein ethnisch reines ‚Großserbien‘, das Scharping anprangert und das im Text zu finden, die FAZ mit der

Ankündigung, die Rede sei von ‚Chauvinismus durchwirkt‘, Hoffnung macht. Doch auch ein mehrfaches Studium der Rede fördert kein ‚Großserbien‘, und schon gar kein ‚ethnisch reines‘ zu Tage, es scheint geradezu, dass der Redner für das Gegenteil eintritt, für den Erhalt Jugoslawiens als ‚multinationale Gesellschaft‘ und für ‚völlige Gleichberechtigung aller hier lebender Nationen‘.

Schließlich entdeckte der frühere Botschafter zahlreiche weggelassene Sätze, die „schon gar nicht in das Diffamierungskonzept der Serbenhasser passen“.

Nachdem der Amsfeld-Rede derart Gewalt angetan wurde, um sie als zentrales Glied der „Beweiskette“ für den vermeintlichen serbischen Chauvinismus zurechtzumachen, diente sie den Kreuzzüglern als Aggressionsvorlage. Milošević wurde zum unhinterfragbaren Feindbild aufgebaut und wurde (wie manch spätere „Zielscheibe“ nach ihm) als „Nationalist“, „Populist“, „Antiamerikaner“, „Nationalkommunist“, „Diktator“, „Autokrat“, „Machthaber“, „zweiter Hitler“ und „Schächter“ tituliert. Der Zweck war, ihn damit für vogelfrei zu erklären und das von ihm repräsentierte Land außerhalb des Völkerrechts zu stellen sowie jeden denkbaren Widerstand im westlichen Publikums gegen eine imperialistische Aggression im Keim zu ersticken.

Über die wahren Gründe für die westliche Aversion gegen den serbischen (1991–1997) und jugoslawischen (1997–2000) Präsidenten wurde der Mantel des Schweigens gebreitet. Und die sind mit der Wahlkampflosung Bill Clintons von 1992 treffend auf den Punkt gebracht: „It’s the economy, stupid!“. Dass es um „die Wirtschaft“ ging, kam den „Dummköpfen“ (zu denen sie durch ein Jahrzehnt medialer Verdummung und Gehirnwäschen wurden) nicht mehr in den Sinn. Und (nicht nur) für Clinton sind außer „freien Wahlen“ auch der „freie Kapitalverkehr“ die entscheidenden Kriterien für eine Demokratie (die bei Neoliberalen Gnade finden will). Für Prof. Michel Chossudovsky aus Ottawa liegt hier die Ursache für Miloševićs „Karriere“ zum Hassobjekt des Westens, und er leuchtet daher die wirtschaftlichen Hintergründe des Jugoslawienkrieges aus.

Das hochverschuldete Jugoslawien, das schon seit den 1950er Jahren US-Kredite erhalten hatte, um es auf Distanz zu „Moskau“ zu halten, wurde Ende der 1980er Jahre zahlungsunfähig. Von IWF und Weltbank erhielt Jugoslawien von 1985 bis 1991 Kredite von 7 Mrd. US-Dollar, musste aber 23 Mrd. US-Dollar für Zinsen und Rückzahlungen aufwenden. Der US-freundliche Regierungschef Jugoslawiens, der Kroat Ante Marković, reiste Ende 1989 nach Washington und erhielt von Präsident George Bush ein „Finanzhilfeprogramm“ – im Gegenzug für drastische „Reformen“: abgewertete Währung, Einfrieren der Löhne, massive Kürzung der Staatsausgaben und Abschaffung der selbstverwalteten vergesellschafteten Betriebe. Hinzu kamen 1990 noch ein IWF-Moratorium und ein „Strukturanpassungskredit“ der Weltbank. Steuergelder gingen in den Schuldendienst und Ausgleichszahlungen an die Teilrepubliken wurden eingestellt, was den Sezessionismus förderte.

Verschiedene Gesetze zielten 1989 auf die Abschaffung der vergesellschafteten Betriebe und ihre Verwandlung in privatkapitalistische Unternehmen, auf die Vernichtung des öffentlichen Sektors und die Abschaffung der sozialen Rechte der jugoslawischen Arbeiterschaft. Hinzu kam die Liquidation der gemeineigenen Banken. Die Ergebnisse der neoliberalen Rosskur waren katastrophal: sie trieb viele der großen Unternehmen der Elektrotechnik, der Petrochemie, des Maschinenbaus und der Chemiebranche in den Ruin. Ein kreditfinanzierter Importboom steigerte den Schuldendruck auf Jugoslawien, der abrupte Anstieg von Zinsen und Einkaufspreisen führten zum Ausschluss einheimischer Produkte vom innerjugoslawischen Markt.

Das Bruttoinlandsprodukt sank 1990 um 7,5 Prozent, bis 1993 um sage und schreibe 50 Prozent, die Arbeitsproduktivität um 21 Prozent. 248 Unternehmen wurden 1989

in den Bankrott geführt, 89.400 Arbeiter entlassen, in ersten neun Monate von 1990 gingen weitere 889 Firmen mit einer Gesamtbelegschaft von 525.000 Arbeitern in Konkurs – über 600.000 Arbeiter bei einer nur 2,7 Millionen starken industriellen Arbeiterschaft in ganz Jugoslawien. Die Weltbank kategorisierte im September 1990 weitere 2.435 von den verbliebenen 7.531 Betrieben als „zahlungsunfähig“, ihre Gesamtbelegschaft betrug 1,3 Millionen. Addiert zu den 600.000 bereits Entlassenen, wurden als bis dahin 1,9 von insgesamt 2,7 Millionen Arbeitern für „überflüssig“ erklärt.

Viele vergesellschaftete Betriebe versuchten den Bankrott zu vermeiden, indem sie keine Löhne zahlten. Eine halbe Million Arbeiter, also ungefähr 20 Prozent der Industriearbeiterschaft, erhielten während der ersten Monate von 1990 keinen Lohn, die Reallöhne befanden sich in freiem Fall, Sozialprogramme waren zusammengebrochen. Die Konkurswelle in der Industrie hatte zu flächendeckender Arbeitslosigkeit geführt. Und all dies verursachte bei der Bevölkerung eine Atmosphäre der Hoffnungslosigkeit und sozialen Verzweiflung.

650.000 Arbeiter streikten gegen Marković, und die serbische Regierung wies dessen Sparprogramm glatt zurück. Präsident Milošević ließ die Notenpresse anwerfen und Geld drucken, um Löhne auszahlen zu können. Damit unterlief Milošević die Antiinflationpolitik des IWF und die Auflagen der internationalen Kreditgeber – und wurde als „Ungehorsamer“ fortan vom „Westen“ entsprechend behandelt. Dagegen kollaborierten die Führer der neuen „unabhängigen“ Staaten willig mit den ausländischen Kreditgebern. Sie „gierten geradezu danach, die Forderungen der Weltbank und des IWF zu erfüllen“ (Ralph Schoenman, 1995), und setzten den neoliberalen Katastrophenkurs – Plünderung staatlicher Betriebe, massive Budgetkürzungen, Arbeitslosigkeit und Verarmung – fort.

Dimitrije Boarov kommentierte 1992:

Herr Marković startete seine ‚gelenkte Privatisierung‘. Die Oligarchien der Teilrepubliken, die alle von einer ‚nationalen Erneuerung‘ träumten, hatten die Wahl zwischen Krieg und einem echten jugoslawischen gemeinsamen Markt plus Hyperinflation. Sie wählten den Krieg. Dieser Krieg sollte die wahren Ursachen der wirtschaftlichen Katastrophe verbergen.

Prof. Chossudovsky: „Der soziale und politische Einfluss der ökonomischen Reformen in Jugoslawien wurde aus unserem Bewusstsein getilgt, kulturelle, ethnische und religiöse Spannungen werden auf dogmatische Weise als die einzige Ursache der Krise dargestellt, während sie doch in Wirklichkeit nur die Folge eines tiefer liegenden Prozesses der wirtschaftlichen und politischen Auflösung sind. Die Einheit, Solidarität und Identität der Südslawen ist in der Geschichte wohlbegründet, aber diese Identität ist künstlich manipuliert und zerstört worden.“

Michael Jäger bilanzierte im Freitag:

Nach der weltpolitischen Wende 1990 versuchten die USA ihren Sieg dadurch auszubauen, dass sie auf den Sturz sozialistischer oder quasisozialistischer Führer hinarbeiteten – Milošević, Saddam, Gaddafi, Assad –, solange es ging, durch Kriege, und immer unter Inkaufnahme der Destabilisierung von Gesellschaften mit allen furchtbaren Folgen, die dies hat.

Dass es sich beim Versuch, der Öffentlichkeit Milošević als „Rechten“ zu verkaufen, um eine Lüge handelte, gab der damalige Bundesaußenminister Joseph Fischer zu, der nach dem Sturz des jugoslawischen Präsidenten zufrieden feststellte: „Es ist der letzte Teil der Mauer, der hier – mit zehn Jahren Verspätung – verschwindet“. Genauso verstand es die *Die Zeit*, für die eine Konterrevolution als „Revolution“ gilt, deshalb also im Oktober 2000 titelte „Die letzte der Revolutionen“ und schrieb:

Milošević war nun einmal der große Überlebende, der einzige Staatschef aus der kommunistischen Ära, der sich in die nachkommunistische Welt hinübergerettet

hatte. Dennoch ist Miloševićs Sturz womöglich ein folgenreicher Wendepunkt der europäischen Geschichte.

Mit dem „folgenreichen Wendepunkt“ hatte die Zeitung zweifelsohne Recht: Das war ein Türöffner-Krieg für die in schneller Schlagzahl folgenden imperialistischen Angriffs- und Regime-Change-Kriege zum Zweck der Erzwingung einer neokolonialen Weltordnung.

Dieser Artikel erschien am 02.03.2019 bei [RT-Deutsch](#).

20 Jahre seit NATO-Angriff auf Jugoslawien – Teil 6

Aufgrund des 20. Jahrestages des Nato – Angriffskrieges auf Jugoslawien erscheint in den kommenden Wochen die mehrteilige Serie: 20 Jahre seit NATO-Angriff auf Jugoslawien.

Von **Doris Pumphrey**.

Das „Massaker von Račak“ gilt als Schlüsselereignis auf dem Weg in den Krieg der NATO gegen Jugoslawien. Laut *Washington Post* hat Račak „die Balkan-Politik des Westens in einer Weise geändert, wie Einzelereignisse dies selten tun“.

Mitglieder der secessionistischen UCK-Milizen führen am Morgen des 16. Januar 1999 internationale Journalisten und Vertreter der OSZE-Kosovo-Überwachungskommission (KVM) zu einem Hohlweg am Rande des Dorfes Račak. Etwa 20 Leichen liegen dort nebeneinander. Als etwas später der Leiter der OSZE Mission, der US-Amerikaner William Graham Walker eintrifft, steht für ihn das Urteil sofort fest: Mit erregter Stimme spricht er von einer „Hinrichtung unbewaffneter albanischer Zivilisten“ und erklärt: „Ich zögere nicht, die jugoslawischen Sicherheitskräfte dieses Verbrechens zu beschuldigen“. Fotos von den angeblich hingerichteten albanischen Zivilisten gehen um die Welt.

US-Präsident Clinton verurteilt das „Massaker“ in der „schärfst-möglichen Form“ und spricht von einem „vorsätzlichen und wahllosen Akt des Mordes“.

In einer Erklärung des Auswärtigen Amtes heißt es: „Die Verantwortlichen müssen wissen, dass die internationale Gemeinschaft nicht bereit ist, die brutale Verfolgung und Ermordung von Zivilisten im Kosovo hinzunehmen.“ Für den Grünen-Außenminister Joseph Fischer ist Račak „ein Wendepunkt“.

Die NATO beruft sofort eine Dringlichkeitssitzung ein. Madeleine Albright verlangt drei Tage später als „Bestrafung“ die Bombardierung Jugoslawiens.

Die jugoslawische Regierung weist die Anschuldigungen kategorisch zurück und spricht von einer Manipulation: Die UCK habe die Leichen von ihren am Tag zuvor gefallen Kämpfern eingesammelt und sie so in dem Hohlweg arrangiert, dass sie wie zivile Opfer einer Massenhinrichtung wirken mussten. In Račak war es am Vortag zu einer Polizeiaktion gegen UCK-Terroristen gekommen.

Mit Hilfe der Medien wird der nötige Druck auf zögerliche Politiker und die Bevölkerungen der NATO-Länder ausgeübt, um einen Angriff der NATO auf Jugoslawien zu rechtfertigen: Serbische Sicherheitskräfte hätten in der Art von „Todesschwadronen“ Račak überfallen, die Männer an den Rand des Dorfes getrieben und mit Genick- und Kopfschüssen hingerichtet. Einige seien vorher noch gefoltert worden.

Schon wenige Tage später bringen große französische Tageszeitungen Informationen, die William Walkers Version in Frage stellen.

Über die Geschehnisse berichtet der *Le Figaro*-Korrespondent Renaud Girard, Račak, bekannt als Hochburg der secessionistischen UCK Milizen, sei von serbischer Polizei am 15. Januar im Morgengrauen umstellt worden. Offensichtlich habe die serbische Polizei nichts verheimlichen wollen, da sie die OSZE von der bevorstehenden Aktion benachrichtigte, die mit ihren Vertretern das Dorf von einem Hügel aus überblicken konnten. Auch ein Kamerateam des TV-Ablegers der Nachrichtenagentur AP habe den ganzen Tag gefilmt.

Die Filmaufnahmen, die der *Le Figaro*-Korrespondent einsehen konnte, zeigen, wie serbische Polizisten am Morgen des 15. Januar „an den Hauswänden entlangschleichend“ in Račak, „eindringen. Es kommt zu einem Feuergefecht, als sie von der UCK angegriffen werden, die aus Gräben auf dem Hügel schießen. Auf

der Anhöhe des Dorfes werden die Kämpfe intensiver. Platziert neben der Moschee am Abhang, merken die AP-Journalisten, dass die umzingelten UCK-Kämpfer verzweifelt versuchen, mit Gewalt auszubrechen. Mehr als 20 sollen es auch geschafft haben.„Die Aufnahmen gaben keinerlei Hinweis auf ein mögliches Massaker.

Laut Figaro verlässt um 15:30 Uhr die serbische Polizei, gefolgt vom AP Fernsehteam, das Dorf.

„Um 16.30 Uhr durchquert ein französischer Journalist das Dorf und trifft drei orangefarbene Fahrzeuge der OSZE. Die internationalen Beobachter unterhielten sich ruhig mit drei albanischen Zivilisten in fortgeschrittenem Alter. Sie waren auf der Suche etwaiger verwundeter Zivilisten. Als der Journalist um 18 Uhr zurückkommt, sieht er, wie die (internationalen) Beobachter zwei Frauen und zwei Greise, die leicht verwundet sind, mit sich fortführen. Die Beobachter, die nicht übermäßig besorgt zu sein scheinen, geben dem Journalisten keine besonderen Hinweise. Sie erklären sich nur für ‘unfähig, eine Bilanz der Kämpfe zu geben‘.„

Die OSZE-Vertreter, die den ganzen Tag in Račak waren, hatten demnach bis zum Abzug der serbischen Polizei zwar Kämpfe zwischen ihr und der UCK, aber keine Anzeichen eines „Massakers an Zivilisten“ beobachtet.

Zeugenaussagen von Albanern ergeben, laut Figaro, ein völlig anderes Bild. Alle berichten die gleiche Version: *„gegen Mittag sei Polizei ins Dorf eingedrungen, hätte die Männer von den Frauen getrennt und sie auf die umliegenden Hügel gebracht, wo sie diese ohne irgendeinen Prozess erschossen hätte.*„

In der folgenden Nacht hatten UCK-Milizen das Dorf wieder eingenommen. Am Morgen des 16. Januar führen sie die internationalen Journalisten und OSZE-Beobachter zum Hohlweg mit den Leichen.

Der Figaro-Korrespondent Renaud Girard fragt:

„Was ist nun wirklich passiert? Sollte die UCK nachts die Leichen derer, die tatsächlich durch serbische Geschosse starben, gesammelt haben, um eine kaltblütige Hinrichtung zu inszenieren? Eine beunruhigende Tatsache: die Journalisten finden am Samstagmorgen nur ganz wenige Geschosshülsen in der Umgebung des scheinbaren Massakers. Sollte die UCK intelligenterweise versuchen eine militärische Niederlage in einen politischen Sieg umzuwandeln? Nur eine glaubwürdige internationale Untersuchung könnte Zweifel ausräumen. „

Nach seinen eigenen Nachforschungen kommen dem Le Monde-Korrespondenten im Kosovo, Christoph Châtelot, erhebliche Zweifel, denn die Darstellung eines Massakers in Račak wirke zu perfekt:

„Wie hätte die serbische Polizei die Gruppe von Männern sammeln und ruhig zum Exekutionsplatz führen können, während sie ununterbrochen unter UCK-Feuer lag? Wieso konnte der am Rande von Račak gelegene Straßengraben der Aufmerksamkeit der mit der Umgebung vertrauten Einwohner entgehen, die vor Anbruch der Nacht wieder in ihrem Dorf waren? Oder den OSZE-Beobachtern, die sich mehr als zwei Stunden in dem Ort aufhielten? Warum so wenig Patronen rund um die Leichen, so wenig Blut in jener Senke, wo doch angeblich 23 Menschen aus nächster Nähe mit einigen Kopfschüssen getötet worden sein sollen? Waren nicht eher die Körper der in den Kämpfen mit der Polizei getöteten Albaner in dem Graben zusammengetragen worden, um ein Horror-Szenario zu schaffen, das mit Sicherheit einen entsetzlichen Effekt auf die öffentliche Meinung haben würde?„

Die Berliner Zeitung berichtete später über Chatelots Erlebnisse in Račak. Nachdem die serbische Polizei nach Beendigung des Kampfes mit der UCK das Dorf verlassen hatte, ging dieser zusammen mit den OSZE-Vertretern in das Dorf. Sie sahen vier Tote und hörten von einem weiterem. Abgesehen von der militärischen

Auseinandersetzung im Bürgerkrieg sei nichts Außergewöhnliches vorgefallen. Das teilte [Châtelot](#) auch seinen Kollegen mit, als er am Abend nach Pristina zurückkehrte. Umso erstaunter war der *Le Monde*-Korrespondent über die Diskrepanz zwischen dem, was er an der Seite der OSZE-Vertreter in Račak gesehen hatte und dem Report, den die OSZE-Mission am folgenden Tag veröffentlichte: Man habe Beweise gefunden für „willkürliche Verhaftungen, Tötungen und Verstümmelungen von unbewaffneten Zivilisten“. In einem Hohlweg oberhalb Račaks seien 23 erwachsene Männer, „viele aus extremer Nahdistanz erschossen“ worden, außerdem vier erwachsene Männer, anscheinend auf der Flucht. 18 Leichen habe man im Dorf entdeckt, darunter auch eine Frau und einen Jungen. Laut *Berliner Zeitung* erklärte Châtelot: „*Ich kann das Rätsel nicht lösen.*“

Nach einem Massaker hätte man von der OSZE nun eine ernsthafte Untersuchung erwarten können. Nichts dergleichen geschah. Wie der *Le Figaro*-Korrespondent Renaud Girard berichtete, ließ Walker das Gelände nicht absperren, um Beweismittel sicherzustellen. Im Gegenteil: „*Er trampelte selbst herum und ließ die Journalisten an den Leichen fummeln, Souvenirs sammeln und Spuren verwischen.*“

Laut Zeitungsberichten verbrachte Walker mehr als eine halbe Stunde in geheimen Verhandlungen mit Führern der UCK in Račak, ging aber kein einziges Mal zur nahegelegenen serbischen Polizeistation, um auch ihre Informationen einzuholen, wie es für eine objektive Aufklärung geboten wäre.

Noch bevor eine Untersuchung durchgeführt werden konnte, hatte der Leiter der OSZE-Kosovo-Überwachungsmission, der US-Amerikaner William Graham Walker, die Serben als Täter designiert. Hatte es sich wirklich um ein Massaker an friedlichen albanischen Dorfbewohnern gehandelt?

Nachdem die serbische Polizei erneut Kontrolle über Račak erlangen konnte, brachte sie die Leichen der angeblich „hingerichteten Račak-Zivilisten“ nach Pristina, die Hauptstadt des Kosovo. Da die Obduktion der Leichen durch ein Team von serbischen und weißrussischen Gerichtsmedizinern bei den westlichen Regierungen und ihren Medien als nicht glaubwürdig genug angesehen wurde, wurde von der EU in Abstimmung mit der jugoslawischen Regierung ein unabhängiges finnisches Team hinzugezogen.

Das Gutachten des Expertenteams wurde Anfang März 1999 fertiggestellt. Es sollte aber noch mehr als zwei Wochen dauern, bevor Helena Ranta, die Leiterin des Teams vor die Presse trat.

Aus Berichten der *Berliner Zeitung* und der *Welt* im März 1999 ergibt sich dazu folgendes Bild:

Die EU hatte die Veröffentlichung des Berichts immer wieder hinausgeschoben. Nachdem zunächst der 5. März ins Auge gefasst worden war, nannte Ranta den 8. März als Termin für die Übergabe des Berichts an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und teilte mit, „dass das deutsche Außenamt die Verantwortung dafür übernommen hatte, ob der Untersuchungsbericht veröffentlicht wird oder nicht“. Zunächst wurde das Gutachten aus Rücksicht auf die Verhandlungen in Rambouillet zurückgehalten, wie es aus Kreisen der OSZE hieß. Erst nach weiteren Anfragen in Helsinki und Bonn sowie nach Drängen aus den Reihen der OSZE erklärte die deutsche EU-Präsidentschaft, dass am 17. März die Übergabe des Berichts stattfinden solle.

„*Ob es ein Massaker war, will keiner mehr wissen*“, schrieb die *Welt* am 8. März 1999 und zitierte einen OSZE-Diplomaten in Wien „*Eine heiße Kartoffel ist dieser Bericht, keiner will ihn so richtig.*“ Der Chef der OSZE-Mission William Walker, hatte noch im Februar wiederholt, „es wird herauskommen, dass es ein Massaker der Serben war.“ Und fünf Tage später titelte die *Berliner Zeitung* „*OSZE-Vertreter widerlegen Walker*“ und berichtete, die Zeitung habe von OSZE-Quellen erfahren, einige Vertreter aus

mehreren europäischen Ländern, darunter auch aus Deutschland verlangten die Ablösung des Leiters der OSZE-Kosovo-Überwachungsmission (KVM) William Walker. Ihren Quellen zufolge, lägen der OSZE Erkenntnisse vor, wonach es sich in Račak nicht um ein serbisches Massaker an Zivilisten handelte, sondern um eine „*Inszenierung durch die albanische Seite*“. Zu diesen Erkenntnissen sei man unabhängig vom ausstehenden Gutachten gelangt, allein auf der Basis der Daten des Meldezentrums der Kosovo-Mission. Demnach seien „*die meisten der Toten aus einem weiten Umkreis um Račak zusammengeholt und am späteren Fundort abgelegt*“ worden.

„*Diese Erkenntnisse entsprechen der serbischen Version des Geschehens von Račak. Danach wurden die gefundenen Albaner in Kämpfen zwischen der Kosovo-Befreiungsarmee UCK und serbischen Einheiten getötet, das Bild eines Massakers jedoch erst nachträglich von albanischer Seite arrangiert.*“ Vielen von ihnen „*sei nachträglich Zivilkleidung angezogen worden*“, so ein Vertreter der OSZE.“

Demnach wusste die Bundesregierung sehr wohl, was in Račak vorgefallen war und was nicht, nur sollte offensichtlich der Öffentlichkeit die Wahrheit vorenthalten werden.

Die damalige deutsche EU-Ratspräsidentschaft hatte Helena Ranta seit ihrer Übernahme der Leitung des finnischen Expertenteams unter Druck gesetzt. Auch auf der schließlich für den 17. März anberaumten Pressekonferenz in Pristina, musste sie bei der Beantwortung von Fragen seitens der Medien den Anweisungen des deutschen Botschafters folgen, wie die *Berliner Zeitung* berichtete.

Der Bericht des Expertenteams selbst wurde zurückgehalten. In seiner Presseerklärung veröffentlichte das Auswärtige Amt lediglich 5 Seiten Kommentare, die wie folgt eingeleitet wurden: „Die Kommentare geben die persönliche Meinung der Verfasserin Dr. Helena Ranta wieder und stellen keine autorisierte Mitteilung im Namen der Fachabteilung für forensische Medizin der Universität Helsinki oder des EU-Teams forensischer Experten dar.“

Diese Kommentare und die Antworten, die Helena Ranta während der Pressekonferenz in Pristina gab, waren an den entscheidenden Punkten so vage gehalten, dass keine eindeutigen Schlüsse gezogen werden konnten.

Der Pathologe Branimir Aleksandrić von der Universität in Belgrad betonte nach dieser Pressekonferenz, Helena Ranta habe nur in ihrem persönlichen Namen gesprochen und in keiner Weise die Meinung des finnischen Teams, das vom weltberühmten Pathologen Antti Penttilä geleitet wurde, wiedergegeben. Ihre Antworten hätte sie vom medizinischen Standpunkt her bewusst so vage gehalten, dass man meinen könnte, sie wollte William Walker und jenen, die hinter ihm standen, nicht widersprechen.

„**Die Entscheidung eines Pazifisten zum Luftangriff**“

Die anti-serbische Propaganda, die die Zerschlagung des souveränen Staates Jugoslawien rechtfertigen sollte, musste fortgesetzt werden, um den Regime-Change in Belgrad herbeizubombardieren.

Wusste der deutsche Außenminister der Grünen nicht, was seine Vertreter in der OSZE wussten? Oder hat er die Informationen seinem Staatsminister vorenthalten? Zumindest aber könnte man annehmen, dass die Presseabteilung im Auswärtigen Amt in ihrer täglichen Presseschau relevante Artikel von Springers *DieWelt* berücksichtigte.

Bereits im Januar hatte die *Die Welt*, nicht gerade bekannt für irgendwelche Sympathien mit Belgrad, von den Zweifeln der ausländischen Journalisten berichtet: „*Waren die Toten von Račak im Kosovo Opfer eines Massakers der Serben – oder sind die Leichen Teil eines makabren Schaustücks der Untergrundarmee UCK geworden, um den Westen zum Eingreifen zu bewegen? In der britischen und*

französischen Presse machen derartige Spekulationen derzeit die Runde. Der Kosovo-Krieg wird immer mehr auch zur Propagandaschlacht.“

Wie kann es also sein, dass nach den Fragen, die selbst *Die Welt* stellte, dem Grünen und Staatsminister Ludger Volmer keinerlei Zweifel an der „Massaker“-Version kamen und er Ende März in der *Berliner Zeitung* (1) unter dem Titel „Die Entscheidung eines Pazifisten zum Luftangriff“ verkündet:

„Das Hinschlachten von Zivilisten durch die Serben im Januar in Račak erforderte eine deutliche Reaktion des Westens. Alle Analysen deckten sich in dem Befund, dass ohne Reaktion die Serben glauben würden, sie hätten nun freie Bahn für ihre Vertreibungs- und Vernichtungspolitik.“ (...) Es waren der grüne Außenminister Joschka Fischer und die Beamten des Auswärtigen Amtes, die mit großem persönlichen Einsatz die anderen Außenminister dazu bewegten, statt einer schnellen Bombardierung den Verhandlungsprozess von Rambouillet zu organisieren. (...) Während des Verhandlungsprozesses wurde deutlich, dass die serbische Seite absolut kein Interesse an einer friedlichen Lösung hatte. Die grüne Vorstellung, mit Verhandlungen und auf friedlichem Wege auch die schwierigsten Konflikte lösen zu können, brach sich am Charakter Miloševićs.“

Die Verhandlungen von Rambouillet, die am 6. Februar 1999 begannen, stellten an die serbische Seite Bedingungen, die keine verantwortliche Regierung annehmen konnte, u.a. die uneingeschränkte Beweglichkeit der NATO Streitkräfte in ganz Jugoslawien, inklusive des Luftraumes und der See und ihrer Nutzung für Manöver, Training und andere Operationen, absolute Immunität des NATO-Personals gegenüber jugoslawischen Behörden und die kostenlose Nutzung der gesamten Infrastruktur des Landes. Dass Präsident Milošević das Abkommen über die Aufgabe der Souveränität seines Landes nicht unterschrieb, war in den Augen des Grünen-Staatssekretärs ein schwerwiegender Charakterfehler, und somit war *„für uns politische Pazifisten der Punkt erreicht, wo sich unsere Friedfertigkeit erschöpft hat.“*

Für den bekannten US-Diplomaten Henry Kissinger, nicht gerade verdächtig des Pazifismus, war der Rambouillet-Text *„eine Provokation, eine Entschuldigung dafür, mit den Bombardierungen beginnen zu können. Kein Serbe mit Verstand hätte Rambouillet akzeptieren können. Es war ein ungeheuerliches diplomatisches Dokument, das niemals in dieser Form hätte präsentiert werden dürfen.“*

Zwei Tage nach Beginn der Verhandlungen in Rambouillet, erklärte der EU-Sonderbeauftragte Wolfgang Petritsch in einem *Spiegel*-Interview ganz offen, dass das Ergebnis der Verhandlungen *„wohl ein Diktat“* sein wird und drohte bei Nichtannahme mit NATO-Bomben.

Auf die Frage des *Spiegel*-Redakteurs, ob die NATO befürchte, sich zu ihrem bevorstehenden 50. Jahrestag ihrer Gründung (am 4. April 1999) *„lächerlich zu machen“*, antwortete Petritsch: *„Ich spüre die Entschlossenheit der Nato, sie kann sich kein Zögern mehr leisten. Die letzte Drohung an die Serben bewies, dass man sich nicht länger auf rhetorische Prügel beschränken kann. Der Schaden für die Zukunft des Bündnisses wäre sonst katastrophal.“*

Die serbische Regierung hat sich dem Diktat verweigert. Wie der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer betonte, war es *„unrichtig von der Bundesregierung, zu glauben und dem Parlament und der Öffentlichkeit zu suggerieren, dieser Vertrag hätte von Belgrad jemals unterschrieben werden können.“*

Die Verhandlungen von Rambouillet waren der von der NATO einkalkulierte letzte Schritt zum Luftangriff gegen Jugoslawien. Mit der fast drei Monate dauernden Bombardierung Jugoslawiens konnte die NATO ihren 50. Geburtstag angemessen begehen: Nach der Auflösung des Warschauer Vertrages 1991 und der damaligen Schwäche Russlands, hatte sich die NATO nun ungehindert als weltweit

operierendes Aggressionsbündnis bewiesen. Die Bomben auf Belgrad waren auch der Türöffner für deutsche Kriegseinsätze.

Übrigens: [Zwei Jahre nach dem angeblichen „Račak-Massaker“ und der Bombardierung Belgrads wurde berichtet, im Abschlussbericht der Gerichtsmediziner fänden sich keine Beweise für ein Massaker an friedlichen albanischen Zivilisten durch serbische Sicherheitskräfte](#), wie seinerzeit von William Graham Walker, dem Leiter der OSZE-Kosovo-Überwachungsmission und vielen westlichen Politikern und Medien behauptet.

Am 24. November 2008 wurde William Walker vom Präsidenten Bamir Topi zum Ehrenbürger der Republik Albanien ernannt. Und am 15. Januar 2009, zum 10. Jahrestag des angeblichen „Massakers von Račak“, wurde Walker vom Präsidenten und dem Premierminister der Republik Kosovo mit der Goldenen Medaille der Freiheit ausgezeichnet.

Quellen:

1. <https://www.berliner-zeitung.de/die-entscheidung-eines-pazifisten-zum-luftangriff-16732344>
2. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/kosovo-krieg-keine-beweise-fuer-massaker-von-racak-a-112775.html>

+++

Dieser Artikel erschien am 04.03 und 06.03.2019 bei RT-Deutsch

24.03.2019 – 20. Jahrestag des Angriffskrieges gegen Jugoslawien

Kriegsverbrechen und Kriegslügen.

Am 24. März jährte sich zum 20. Mal der Tag, an dem NATO-Bomber von ihren Basen in den USA, Deutschland, Italien und Flugzeugträgern starteten, um ihre todbringende Fracht ins Ziel zu bringen: Hunderte Krankenhäuser, Fabriken und Schulen fielen den Bomben zum Opfer.

Von Klaus Hartmann.

54 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschlands wurde in Europa wieder Krieg geführt. Und die Bundeswehr war dabei. Deutsche ECR- und Recce-Tornados flogen in der ersten Staffel. Sie trugen am Rumpf das gleiche Balkenkreuz wie einst die Stukas, die im April 1941 auf Befehl Hitlers über Jugoslawien herfielen und Belgrad in Schutt und Asche legten. Dieses Mal währte der Krieg gegen das Balkanland nicht vier Jahre, sondern nur 78 Tage, an denen jedoch mehr Sprengstoff eingesetzt wurde als während des ganzen Zweiten Weltkrieges gegen das damalige, wesentlich größere jugoslawische Königreich.

Bereits während des Krieges pries der Verteidigungsminister und Ex-SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping die „Heldentaten“ der deutschen Tornado-Piloten. Sie wurden hoch dekoriert, aber ihre Namen und jeweiligen Kriegsverdienste wurden – wie ungewöhnlich doch für die deutsche Kriegsgeschichte – der Öffentlichkeit verschwiegen. Scharping rühmte deutschen Heldenmut in einem Krieg, den Deutschland angeblich gar nicht geführt hat. Gut erinnerlich sind schließlich die Worte, die Bundeskanzler Gerhard Schröder am Abend des Überfalls über Funk und Fernsehen an die „lieben Mitbürgerinnen und Mitbürgern“ richtete:

Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

Die Folgen des Nicht-Krieges waren schrecklich. Zertrümmert oder demoliert wurden 60 Brücken, 19 Bahnhöfe, 13 Flughäfen, 480 Schulobjekte, 365 Klöster, Kirchen, Kultur- und historische Gedenkstätten, darunter der Park des Gedenkens an die im Zweiten Weltkrieg von der deutschen Wehrmacht erschossenen 7.000 jugoslawischen Bürger. Mit herkömmlichen und Graphitbomben wurden die Hauptelektrizitätswerke angegriffen und über längere Zeiträume bis zu 70 Prozent der Bevölkerung von der Stromversorgung abgeschnitten. Die Auswirkungen für die Grundversorgung der Zivilbevölkerung, für Krankenhäuser, Geburtskliniken, Inkubatoren, Wasserpumpen und viele andere Bereiche waren katastrophal, zeitweilig konnte die Bevölkerung durch den Ausfall der Alarmsirenen nicht einmal mehr vor den Angriffen der Terrorpiloten gewarnt werden. Zerschlagen wurden die Relaisstationen für Rundfunk und Fernsehen, darunter die in der unmittelbaren Nähe der nationalen Gedenkstätten auf dem Avala-Berg bei Belgrad und dem Lovćen in Montenegro.

Zerstört oder beschädigt wurden 110 Krankenhäuser, lebensnotwendige medizinische Geräte, Hilfs- und Arzneimittel. Infolge der Bombardierung von Straßen, Brücken und Bahngleisen sowie des Kraftstoffmangels nach der Zertrümmerung der Raffinerien musste die Behandlung von Patienten mit chronischen Herz- und Nierenerkrankungen, von Diabetes- und Krebspatienten unterbrochen oder verspätet durchgeführt werden. Der wochenlange Aufenthalt in Schutzkellern führte bei vielen zum Ausbruch von schweren Darmerkrankungen.

In Schutt und Asche gelegt wurden 121 Industriebetriebe, in denen 600.000 Jugoslawen in Arbeit standen. Rund 2,5 Millionen Menschen verloren damit ihre Existenzgrundlage. Über 2.500 Menschen wurden getötet, mehr als 10.000 schwer oder leicht verletzt. 30 Prozent aller Getöteten und 40 Prozent der Verstümmelten und Verletzten waren Kinder.

Nach diesem „glorreichen Sieg“ wurde das südserbische Gebiet Kosovo von der NATO okkupiert. Unmittelbar nach der Eroberung haben die USA in der Nähe des kleinen kosovarischen Ortes Ferizaj einen ihrer größten Auslandsstützpunkte, die Militärbasis Camp Bondsteel, errichtet. Sie umfasst 386 Hektar, auf denen 7.000 US-Soldaten mit modernster Waffentechnik stationiert sind.

Das Kosovo ist ein armes, aber an Ressourcen reiches Gebiet. Es verfügt über beträchtliche Vorkommen an Blei, Zink, Chrom, Nickel, Silber, Gold und mit 17 Milliarden Tonnen über die zweitgrößten Braunkohlelagerstätten Europas. Begierig griff das internationale Kapital nach diesen Reichtümern. Das Kosovo wurde aus dem serbischen Staatsgebiet herausgerissen. Unter Missachtung der nach der NATO-Aggression verabschiedeten UN-Resolution 1244, in der die territoriale Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien und die Zugehörigkeit des Kosovo zu Serbien festgeschrieben ist, wurde das Gebiet nach absurden Scheinverhandlungen gegen den erbitterten Widerstand Belgrads zu einem unabhängigen Staat ausgerufen und von der Mehrheit der NATO-Staaten anerkannt. An der Spitze dieses Staatsgebildes stehen die ehemaligen Führer der UÇK, die einst selbst von den USA als „terroristische Organisation“ gekennzeichnet worden war.

Mit der völkerrechtswidrigen Abtrennung des Kosovo von Serbien fand der Prozess der gewaltsamen Zerschlagung der einst vom slowenischen Alpengipfel Triglav bis zum mazedonischen Ufer des Ohridsees, von der Adria bis zum serbischen Kapaonikgebirge reichenden jugoslawischen Föderation seinen Abschluss. Die Bundesrepublik Deutschland hat maßgeblich dazu beigetragen.

Was für ein Wortbruch! Im „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“, eingegangen in die Geschichte als „Zwei-plus-Vier-Vertrag“, verpflichtete sich der zukünftige deutsche Einheitsstaat in völkerrechtlich verbindlicher Weise, dass vom deutschen Boden nur Frieden ausgehen wird und dass nach der Verfassung des vereinigten Deutschlands Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht unternommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, verfassungswidrig und strafbar sind.

Ganz in diesem Sinne erklärte der bundesdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) bei der Unterzeichnung:

Unsere Botschaft an die Völker dieser Welt ist: Wir wollen nichts anderes als in Freiheit und Demokratie und in Frieden mit allen anderen Völkern leben.

Wenige Wochen später, am 3. Oktober 1990, dem Tag, in dessen erster Minute vor dem Reichstagsgebäude in Berlin die überdimensional große schwarz-rot-goldene Einheitsflagge gehisst wurde, richtete Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) an alle Regierungen der Welt, mit denen das nun vereinigte Deutschland diplomatische Beziehungen unterhielt, eine Botschaft. Zu den Adressaten zählte auch Ante Marković, Ministerpräsident der jugoslawischen Föderation. Der Kanzler versicherte:

Unser Land will mit seiner wiedergewonnenen nationalen Einheit dem Frieden in der Welt dienen (...). Von deutschem Boden wird in Zukunft nur Frieden ausgehen. Wir sind uns bewusst, dass die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa eine grundlegende Bedingung für den Frieden ist.

Eingefügt in seine Botschaft hatte der Kanzler einen Satz, der gerade für Jugoslawien von besonderem Gewicht war. Er pries den Friedensauftrag des Grundgesetzes und schrieb:

Zugleich stehen wir zu den moralischen und rechtlichen Verpflichtungen, die sich aus der deutschen Geschichte ergeben.

Worte, Worte, Worte – ein Jahr später waren sie nur noch Schall und Rauch. Ungeachtet aller feierlichen Erklärungen über Friedensverantwortung und Verzicht auf Machtstreben mischte sich die Bundesrepublik massiv in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens ein, eines der Staaten der Anti-Hitler-Koalition, der zugleich zu den Gründungsmitgliedern der Organisation der Vereinten Nationen und der Bewegung der Blockfreien Staaten gehörte, und betrieb erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder offen Großmachtspolitik. Sie begann mit der überstürzten Anerkennung Sloweniens und Kroatiens 1991, erreichte ihren Höhepunkt in der Teilnahme am verbrecherischen Krieg gegen Jugoslawien und fand ihren vorläufigen Schlusspunkt in der aktiven Mitwirkung an der völkerrechtswidrigen Abtrennung des Kosovo. Und nicht wenige Politiker, die dazu beigetragen haben, das autonome Gebiet aus Serbien herauszubomben, beschuldigen Russland, die Halbinsel Krim völkerrechtswidrig annektiert zu haben. Was für eine Doppelmoral!

Das Kosovo war seit ewigen Zeiten serbisches Land, im Mittelalter war es das politische, wirtschaftliche und religiöse Zentrum Serbiens, Sitz der Nemanjidendynastie und des serbisch-orthodoxen Patriarchen. Das Gebiet galt allgemein anerkannt als „Wiege der serbischen Staatlichkeit und Kultur“. Die Krim dagegen war nicht Jahrhunderte, sondern lediglich einige Jahrzehnte lang Bestandteil der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik und ab 1991, nach dem Zerfall der Sowjetunion, Teil des ukrainischen Staates. Zuvor hatte die Halbinsel seit den Zeiten der Zarin Katharina, genauer: seit 1783 zu Russland gehört. „Ukrainisch“ wurde der unbestreitbar historische Teil Russlands durch einen Verwaltungsakt im Februar 1954. Die Bevölkerung der Krim, mehrheitlich Russen, wurde nicht befragt und hat von diesem Wechsel erst danach aus der Presse erfahren.

Nach dem von den USA, der Bundesrepublik und ihren Verbündeten mit massiver Einmischung unterstützten Staatsstreich in Kiew, der antirussischen Politik der neuen Machthaber und der beginnenden Diskriminierung der Russisch sprechenden Bewohner haben die Bürgerinnen und Bürger der Krim in einem Referendum mit überwältigender Mehrheit für die Rückkehr in die Russische Föderation gestimmt. Die mithilfe eines brutalen Angriffkrieges erfolgte Annexion des Kosovo durch die NATO ist mit der friedlichen Wiedervereinigung der Krim mit Russland, bei der nicht ein einziger Schuss fiel, absolut nicht vergleichbar.

Unzählige Male haben Kriegsgegner den Satz: „Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst“ zitiert. Doch die Geschichte aller Kriege zeigt, dass sie bereits viel früher, schon in der Phase ihrer Vorbereitung, massakriert wird. Die Zerschlagung Jugoslawiens – von der Unterstützung der Separatisten in Slowenien und Kroatien über die Intervention im bosnischen Bürgerkrieg bis zur Abtrennung des Kosovo – ist dafür ein nahezu klassisches Beispiel. Von Anfang an war sie in Deutschland von einem Lügenfeldzug begleitet, der sich von Goebbelsschen Kampagnen darin unterschied, dass der Reichspropagandaminister nicht über die heutigen Mittel der Massenmanipulation verfügte, wie sie das Informationszeitalter bietet. Allein schon der NATO-Angriff auf Jugoslawien war von einer solchen Lügenflut begleitet, dass es schwerfällt, sich auf drei Beispiele zu beschränken

Erstes Beispiel: Von wenigen Ausnahmen abgesehen, machten deutsche Politiker und Medien die Rede des damaligen serbischen Präsidenten Slobodan Milošević vom 28. Juni 1989 anlässlich des 600. Jahrestages der Schlacht auf dem Amselfeld zu einem immer aufs Neue in die Propagandaschlacht geworfenen Schlüsseldokument, in dem der Redner, später zum „Schlächter vom Balkan“ ernannt, ein chauvinistisches Programm für ein „ethnisch reines Großserbien“ verkündet habe. Kein Einziger der Verleumder – auch nicht die *FAZ*, die den Text der

Rede, allerdings grob verfälscht, veröffentlichte – lieferte dafür einen überprüfbaren Beweis. Sie konnten es auch nicht, denn die Forderung nach einem „Großserbien“, zudem einem „ethnisch reinen“, ist darin nicht zu finden.

Stattdessen trat Milošević für die Überwindung der dramatischen nationalen Teilungen in Jugoslawien ein, für gleichberechtigte und harmonische Beziehungen zwischen den Völkern Jugoslawiens als unumgängliche Bedingungen für den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand des Landes, für die Eintracht in Serbien als Voraussetzung für das Wohlergehen aller seiner Bürger, ungeachtet ihrer nationalen und religiösen Zugehörigkeit. Das zu melden, lag nicht im Interesse derer, denen der sozialistische Vielvölkerstaat auf dem Balkan ein Dorn im Auge und ein Hindernis auf dem Weg zu den Ölquellen im Osten war.

Zweites Beispiel: In jedem halbwegs zivilisierten Land tragen die Minister für Äußeres und für Verteidigung eine besondere Verantwortung für die Bewahrung des Friedens. Doch in Deutschland stellten sich gerade der grüne Außenminister Joseph Fischer und der SPD-Verteidigungsminister Rudolf Scharping an die Spitze derer, die die Kriegspropaganda zu seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gekannten Höhen führten. Der eine als Erfinder des „serbischen Faschismus“ und der neuen Auschwitz-Lüge, der andere als unübertroffener Greueldemler.

Joseph Fischer hatte sich schon lange auf den Weg begeben, die deutsche Schuld an den Verbrechen der Vergangenheit auf Deponien auf dem Balkan zu entsorgen und mit ihr deutsche Untaten in der Gegenwart zu rechtfertigen. Bereits 1995, als in seiner Partei eine heftige Debatte um deutsche Bundeswehreinätze in Bosnien geführt wurde, hatte er in seinem berühmt-berüchtigten zehneitigen Brief an seine grünen Parteifreunde vom „Wiederauftauchen eines blutigen völkischen Faschismus“ gesprochen und die Interventionsforderung für Bosnien verteidigt. Wörtlich hatte er erklärt:

Ich habe die Position der Interventionspflicht bei Völkermord – es ist für mich der unveräußerliche Kern des Antifaschismus und seines Vermächtnisses des ‚Nie wieder Auschwitz‘ – schon immer vertreten.

Um diese den Holocaust banalisierende neue Auschwitz-Lüge zu untermauern, machte Fischer die „serbische Sonderpolizei“ zur „SS von Herrn Milošević“ und die Albaner zu unter Schock stehenden Leuten, „weil sie denken, sie sind plötzlich im Film ‚Schindlers Liste‘ aufgewacht“. Für ihn stand außer Zweifel: „Es war ein wirklicher Schock, dass Milošević bereit war, zu handeln wie Stalin und Hitler.“

Deshalb auch war der „Faschismus“ des jugoslawischen Präsidenten für Fischer kein gewöhnlicher Faschismus: „Was Milošević treibt, ist eine völkische Politik, es ist eine rohe, barbarische Form des Faschismus.“ Hier wurde der Faschismusvorwurf zu einer Propagandalüge, die denen der Faschisten in nichts nachstand.

Drittes Beispiel: Im Unterschied zu seinem Kabinettskollegen Fischer ging SPD-Verteidigungsminister Rudolf Scharping ins Detail: Am 21. April 1999 berichtete er vor der European Business School in Oestrich-Winkel folgendes: „Wenn ich leider sehr ernst zu nehmende Berichte höre, dass innerhalb einer Nacht ein Stadtteil Pristinas geräumt wurde, dass 3.000 Menschen zusammengetrieben wurden, dass man am nächsten Tag nicht mehr feststellen konnte, wo diese Menschen waren, wohl aber Leichenberge auf dem Friedhof selbst, dann ist das ein solches Beispiel. Wenn ich höre, dass in einem kleinen Ort 28 Lehrer einer Schule aus den Klassenzimmern herausgetrieben und vor den Augen ihrer Schülerinnen und Schüler erhängt werden, dann ist das ein zweites Beispiel.“

Und wenn einem Flüchtlinge erzählen, und das nicht einmal, sondern mehrfach, dass man Frauen ihre Kinder aus den Armen reißt und ihre Köpfe abschneidet, um mit ihnen Fußball zu spielen, wenn ermordeten Schwangeren der Bauch aufgeschlitzt wird und der Fötus erst gegrillt und dann in den Bauch zurückgelegt wird (...). Wenn

man dies alles weiß, hoffe ich, kommt jedem in Deutschland die eine oder andere Erinnerung hoch.“

Zugegeben, die Horrorgeschichten Scharpings sind extrem, aber obwohl sie offenkundig einem kranken Hirn entstammten, wurden sie von den Medien millionenfach verbreitet. Was kümmerte sie die Wahrheit, Hauptsache, das Feindbild stimmte.

Nach der Okkupation des Kosovo ist die Bundeswehr bekanntlich nach Afghanistan gezogen, um die Freiheit, wie ihr Verteidigungsminister sagte, am Hindukusch zu verteidigen. Als deutsche Soldaten dort eine Frau und zwei Kinder erschossen hatten, entschuldigte sich Bundesverteidigungsminister Jung beim afghanischen Präsidenten, und die Bundeswehr zahlte der betroffenen Familie eine Entschädigung. Wie anders war das doch im Kosovo-Krieg. Bis heute gibt es kein Wort der Entschuldigung für die dabei begangenen Kriegsverbrechen, ganz zu schweigen von Reparationen.

Weniger noch: Als die Hinterbliebenen der im serbischen Städtchen Varvarin von NATO-Raketen ermordeten Zivilisten und die zum Teil für immer schwer geschädigten Überlebenden die Bundesrepublik Deutschland verklagten und von der Bundesregierung Schmerzensgeld und Schadenersatz verlangten, wurde ihre Klage von deutschen Gerichten als unbegründet zurückgewiesen. Und damit nicht genug: Auf der Grundlage eines Kostenfeststellungsbeschlusses des Landgerichtes Bonn wurden die serbischen Kläger, die Ehepartner, Väter und Mütter der Getöteten und die Schwerstverletzten unter Androhung einer Zwangsvollstreckung aufgefordert, rund 16.000 Euro Verfahrenskosten an die Bundesrepublik Deutschland zu zahlen. Ein Kommentar erübrigt sich.

Der Autor war von 1982 bis 1988 Botschafter der DDR in Jugoslawien, zuletzt Doyen des diplomatischen Korps.

+++

Dieser Artikel erschien am 24.03.2019 bei [RT-Deutsch](#).